

Effekte der Energiewende auf Arbeit und Beschäftigung



Es muss gelingen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, sonst werden die Folgen gewaltig sein. Laut dem UN-Weltklimarat IPCC muss der Ausstoß von Treibhausgasen spätestens bis zum Jahr 2050 auf null reduziert werden. Mit dem Pariser Abkommen von 2015 haben sich 195 Staaten dazu verpflichtet, diese Warnung ernst zu nehmen.

Eine klimaneutrale Wirtschaft bis 2050

Die Bundesregierung hat in ihrem Klimaschutzplan von 2016 die weitgehende Treibhausgasneutralität bis zum Jahr 2050 als Leitbild deutscher Klimaschutzpolitik festgelegt. Als sechstgrößter Treibhausgasemittent der Welt steht Deutschland damit vor gewaltigen Herausforderungen. Das gilt nicht nur für die Industrie und weite Teile der Dienstleistung, Logistik und den Stromsektor, sondern auch für den Gebäudebereich und für die Landwirtschaft und den Verkehr.

dienstag, 8. oktober 2019 taz

Schwung für Windkraft

Die Bundesregierung will bis 2030 einen Ökostrom-Anteil von 65 Prozent erreichen. Dafür treibt Wirtschaftsminister Altmaier den Windkraftausbau voran

Einen Monat nach dem „Windgipfel“ hat das Bundeswirtschaftsministerium einen Plan zur Steigerung von Akzeptanz und Rechtssicherheit des Ausbaus der Windenergie an Land vorgelegt. So soll noch in diesem Jahr eine Vereinbarung von Bund und Ländern erzielt werden, um Genehmigungshemmnisse abzubauen, teilte das Ministerium am Montag mit.

Das Innenministerium solle noch 2019 Regeln für den Abstand zwischen Windanlagen und Wohnsiedlungen entsprechend den jüngsten Klimaschutzbeschlüssen der Regierung im Baugesetz umsetzen. Das Justizministerium solle 2020 bei Windparks an Land Klagemöglichkeiten auf höhere Gerichte beschränken. Außerdem sollen für die Betreiber neue Flächen erschlossen werden.

Die Windenergiebranche begrüßte diesen Plan. Mit der 18-Punkte umfassenden Aufgabenliste könne die stockende Genehmigungsvergabe für Windenergie wieder beschleunigt und der deutsche Markt wieder belebt werden, sagte Hermann Albers, Präsident Bundesverband WindEnergie.

Die Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, dass erneuerbare Energien im Jahr 2030 für 65 Prozent des Stromverbrauchs stehen. Dabei spielt die Windenergie an Land eine wichtige Rolle. Allerdings verzögern sich konkrete Projekte regelmäßig durch lange Genehmigungsverfahren und Klagen. Ohne Ausbau der Windenergie an Land gilt auch das Ziel eines Kohleausstiegs bis 2038 als gefährdet.

Mit dem Windgipfel am 5. September war es gelungen, alle für den Windenergieausbau in Deutschland relevanten Akteure an einem Tisch zu versammeln, um zu beraten, wie die anhaltende Krise des Windenergieausbaus in Deutschland gestoppt werden kann. Vorab hatte der Bundesverband WindEnergie einen Aktionsplan für mehr Genehmigungen vorgelegt.

Die nun vorgelegten Punkte stellen „große Verbesserungen“ dar, sagte Albers. Mit ihnen werde es gelingen, die aufernden Genehmigungsverfahren für Windenergie an Land wieder in den Griff zu bekommen. Konterkariert würden die Bemühungen allerdings dadurch, dass im jüngsten Entwurf des Klimaschutzprogramms die Ziele für den Windenergieausbau wieder reduziert worden seien, so Albers. (dpa, taz)

Studie zur *Jobwende*

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in ihrer aktuellen Studie *Jobwende* vor diesem Hintergrund nicht nur die quantitativen, sondern auch die qualitativen Beschäftigungseffekte der Energiewende bei einer Reduktion der Treibhausgasemissionen in Deutschland um 95 Prozent bis zum Jahr 2050 untersucht. Sie differenziert diese nach Branchen, ermittelt regionale Unterschiede und verdeutlicht diese anhand von zwei Fallbeispiele aus Nordrhein-Westfalen und Brandenburg. Darüber hinaus leitet sie auf Grundlage der Ergebnisse erste mögliche Handlungsempfehlungen ab, wie der notwendige Strukturwandel sozialverträglich gestaltet werden kann. <https://www.fes.de/Studie-jobwende>



Beschäftigungseffekte

Die Studien-Ergebnisse zeigen, dass Klimaschutz insgesamt mit positiven wirtschaftlichen Effekten verbunden sein kann. Die Bereitstellung von Klimaschutztechnologien und -dienstleistungen (regenerative Energiewirtschaft, Energieeffizienz und klimafreundliche Mobilität) könnte Beschäftigung generieren.

Mit Blick in die Zukunft zeigt sich, dass sich der mit der Energiewende verbundene Strukturwandel leicht positiv auf die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung auswirken kann. Die Größenordnung, so die Studie, fällt mit Blick auf die gesamte Erwerbstätigkeit zwar gering aus, gleichwohl ergibt sich daraus ein klarer Befund:

Die Abwägung zwischen Klimaschutz und Arbeitsplätzen in der öffentlichen Diskussion ist vor diesem Hintergrund - zumindest aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive - (fast) unbegründet.



#FairWandel

Fast unbegründet, weil die Studie auch die Veränderungen in der Branchen- und Beschäftigtenstruktur sichtbar macht. Sie können durchaus für bestimmte Beschäftigungsgruppen mit deutlichen finanziellen und sozialen Einschnitten verbunden sein - beispielsweise, wenn es aufgrund dieses Strukturwandels zu einem grundlegenden Wechsel in der Beschäftigung oder gar zum Wegfall der Beschäftigung kommt. Um die Nachteile in diesen unumstößlichen Umbrüchen so gering wie möglich zu halten, sollte der Strukturwandel, der i. d. R. regional / betrieblich stattfindet - möglichst in enger Kooperation von vor Ort aus - fair und konkret sozial verträglich begleitet und gestaltet werden.

Klimaschutz ist auch eine Verteilungsfrage

Gewerkschaften übernehmen Verantwortung und besitzen mehrere Funktionen: Sie fordern von Unternehmen und Politik, im Interesse der Beschäftigten an zukunftsfähiger guter Arbeit, die Weichen für den ökologischen Wandel zu stellen. Sie sind Treiberinnen und Wächterinnen zugleich, indem der Klimaschutz nicht auf Kosten von Beschäftigung und Beschäftigten geht. Und sie sind Gestalterinnen, indem sie im Betrieb, tarifpolitisch und für den Gesetzgeber Vorschläge entwickeln, mit denen die ökologische Transformation fair gestaltet werden kann – durch betriebliche Zukunftsvereinbarungen, aber auch etwa mithilfe eines Transformationskurzarbeitergelds, das Qualifizierung für neue, ökologische Technologien und Produkte im Betrieb ermöglicht.



FairWandel heißt für die Gewerkschaften insbesondere, dass sich die ökologische und technische Fortentwicklung auch in sozialen Fortschritt übersetzen muss:

- heißt, die Produktivitätssteigerungen und Gewinne in den Ausbau von Qualifikationen und guter Arbeit zu investieren;
- heißt, in den Unternehmen mit den Beschäftigten frühzeitig strategische Entscheidungen, mit welchen Produkten sie in Zukunft erfolgreich sein und ihre Belegschaften für die neue Ausrichtung qualifizieren können, zu treffen; und
- heißt, der Staat setzt den Rahmen, tätigt die nötigen Investitionen und sorgt für soziale Sicherheit in den Umbrüchen, indem er Qualifizierung im Betrieb fördert, aber auch verlässlichen Schutz vor Erwerbslosigkeit bietet.



Gewerkschaftshaus Kiel

Jeder Stein ein Anstoß

Deutscher Gewerkschaftsbund

DGB Kiel Region
Legienstraße 22, 24103 Kiel

Frank Hornschu
Regionsgeschäftsführer / Vorsitzender

Bilder: © Frank Hornschu